

## **Sebastian Krumbiegel: Für Demokratie und gegen populistische Wut im Osten**

Sebastian Krumbiegel, Sänger der "Prinzen", im Gespräch über Demokratie, Wut im Osten und gesellschaftspolitische Herausforderungen.

In Zwickau, einer Stadt im Osten Deutschlands, bereitet sich Sebastian Krumbiegel, der Sänger der bekannten Band „Die Prinzen“, auf ein wichtiges Event vor. Im ehemaligen Gasometer, der jetzt als Veranstaltungsort dient, findet ein Soundcheck statt. Während er seine Solo-Lieder singt, werden die Themen Demokratie und Meinungsfreiheit im Mittelpunkt einer Diskussionsrunde stehen, die von der Schriftstellervereinigung „PEN Berlin“ organisiert wird. Dies geschieht kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen, wo Krumbiegel aktiv für die demokratischen Werte und die SPD wirbt.

Krumbiegel ist ein umtriebiger Musiker, der nicht nur auf der Bühne steht, sondern sich auch intensiv mit gesellschaftlichen Themen auseinandersetzt. Mit einer Mischung aus Ernsthaftigkeit und Leichtigkeit diskutiert er über die Wut im Osten, Gender-Sprache und hat sich zudem mit der Frage beschäftigt, welche Lieder man mittlerweile nicht mehr singen sollte. In einem Interview mit dem stern schildert er seine Sichtweisen, während er durch Sachsen reist und mit den Menschen in Kontakt tritt. Dabei ist er sich der Unsicherheiten bewusst, die in Bezug auf die Wahl der richtigen Worte in der heutigen Zeit bestehen, insbesondere in Bezug auf gendergerechte Sprache.

## **Gefühle zum Gendern**

Krumbiegel gibt zu, dass er mit dem Thema Gendern hin- und hergerissen ist. Während er anerkennt, dass niemand in Deutschland bestraft wird, wenn nicht gegendert wird, erkennt er auch den Druck, der in bestimmten Situationen entsteht. „Es gibt Szenen, da wirst du sofort angekreischt, wenn du nicht genderst“, erzählt er. Gleichzeitig appelliert er daran, dass man mehr Toleranz und Verständnis füreinander entwickeln sollte. Dieses Spannungsfeld zwischen den verschiedenen Ansichten über Gender-Sprache ist für ihn deutlich spürbar.

Im Gespräch geht Krumbiegel auch auf seine musikalische Karriere ein. Seine Reise begann im renommierten Thomanerchor in Leipzig und mündete schließlich in den Erfolg mit „Die Prinzen“. Die Lieder dieser Band, die von ihm geschrieben wurden, sind Teil vieler Erinnerungen seiner Fans. Doch die Zeit bleibt nicht stehen, und Krumbiegel hat sich dazu entschlossen, einige seiner früheren Werke zu überdenken. Ein Beispiel hierfür ist der Titel „Mein Hund ist schwul“, der aus heutiger Sicht problematisch erscheint. Trotz der ursprünglichen Unbeschwertheit hält er eine Neuausrichtung für notwendig und hat sich entschlossen, dieses Lied nicht mehr zu performen.

## **Innere Konflikte und gesellschaftliches Engagement**

Ein zentraler Punkt in Krumbiegels Leben ist sein Engagement für Demokratie und gegen Rassismus. Er hat sich über die Jahre hinweg immer wieder für Gleichheit und Freiheit stark gemacht. In Anbetracht der bevorstehenden Landtagswahlen wird sein Einsatz noch relevanter. Selbst wenn einige in der Ostdeutschen Region Demokratieverdrossenheit empfinden, hält Krumbiegel es für unerlässlich, auf die gemeinsamen Werte hinzuweisen und die Menschen zu mobilisieren.

Obwohl er kein Mitglied der SPD ist, unterstützt er die Partei in

ihrem Wahlkampf. Diese Entscheidung klingt vielleicht überraschend, doch für ihn geht es um die Verteidigung der Demokratie selbst, unabhängig von der politischen Zugehörigkeit. Seine Erfahrungen in der DDR und seine Erziehung haben ihn geprägt, und er möchte für eine gerechte und offene Gesellschaft eintreten. Dabei hat er sich in den letzten Jahren nicht nur mit der SPD identifiziert, sondern auch andere politische Bewegungen unterstützt, wenn er es für sinnvoll erachtet.

Sein Engagement wird auch von persönlicher Erfahrung geprägt. Rückblickend auf die schwierigen Zeiten in der Vergangenheit, insbesondere in Bezug auf die Ereignisse der Wende, fühlt sich Krumbiegel motiviert, aktiv zu sein. Der Blick auf die aktuelle politische Stimmung und die Herausforderungen, die viele Menschen betreffen, gibt ihm auch den Antrieb, für positive Veränderungen zu streiten.

## **Ein Aufruf zur Veränderung**

Für Krumbiegel gibt es keinen Raum für Gleichgültigkeit. Die Stimmen der Ungerechtigkeit müssen gehört werden – nicht nur im Osten, sondern auch in ganz Deutschland. All diese Überlegungen und Erfahrungen zeigen, dass der Weg in eine gerechte Zukunft nur gemeinsam beschritten werden kann. Es ist Zeit, die Debatten offener zu führen, Vorurteile abzubauen und eine Zukunft zu schaffen, in der jede Stimme zählt.

## **Politischer Kontext der Diskussionen im Osten Deutschlands**

In den letzten Jahren hat das politische Klima in Ostdeutschland zunehmend an Spannung gewonnen. Der Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) und die damit verbundene Zunahme von rechtspopulistischen Strömungen haben die politische Landschaft stark verändert. Besonders in Sachsen und Thüringen, wo die AfD bei den letzten Wahlen hohe

Zustimmungswerte erzielen konnte, ist die Unzufriedenheit über die wirtschaftliche und soziale Situation deutlich spürbar.

Die soziale Lage in Ostdeutschland ist nach wie vor von einer Vielzahl von Problemen geprägt, darunter ein höherer Anteil an Arbeitslosigkeit im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern und eine Abwanderung junger Menschen in wirtschaftlich stärkere Regionen. Diese Faktoren tragen zur Verbreitung von Frustration und einer gewissen Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen bei. Laut dem aktuellen Sozialbericht des Bundes zeigt sich, dass die Erwerbslosenquote in vielen ostdeutschen Regionen doppelt so hoch ist wie im Westen, was zur Stärkung populistischer Ansichten beiträgt.

## **Gesellschaftliche Herausforderungen und Wandlungsprozesse**

Ein zentraler Aspekt der Diskussion um Demokratie und Meinungsfreiheit betrifft die gesellschaftlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit Migrationsfragen und Identitätspolitik. Die öffentliche Debatte über Gendergerechtigkeit und die Wahrnehmung von Vielfalt führt oft zu polarisierten Meinungen, nicht nur in der Politik, sondern auch in der breiten Gesellschaft.

Eine Umfrage des Allensbach Instituts aus dem Jahr 2023 zeigt, dass fast 60% der Befragten in Ostdeutschland glauben, dass man sich in der Gesellschaft nicht mehr frei äußern kann, ohne kritisiert zu werden. Diese Wahrnehmung trägt zur Polarisierung bei und erschwert einen offenen Dialog über gesellschaftliche Werte und Normen.

## **Historische Parallelen und deren Bedeutung**

Die gegenwärtigen Diskussionen um Extremismus und Demokratie in Ostdeutschland ziehen Parallelen zu den Auseinandersetzungen der 1990er Jahre, als die neue

Bundesländer mit den Folgen der Wiedervereinigung kämpften. Der Anstieg rechtsextremer Gewalt und die Bildung von Gruppen wie den „Rudolstädtern“ in Thüringen spiegeln die gesellschaftlichen Spannungen wider, die auch heute noch von Bedeutung sind. Diese Bewegungen wuchsen aus einem Gefühl der Entfremdung und Ungerechtigkeit, das viele Menschen in den neuen Bundesländern erlebten.

Die Ähnlichkeit zwischen diesen historischen Ereignissen und den gegenwärtigen Spannungen verdeutlicht, wie wichtig eine fundierte politische Bildung und ein aktives gesellschaftliches Engagement sind, um extremistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Eine Aufarbeitung der Vergangenheit, wie zum Beispiel durch Erinnerungsarbeit und die Thematisierung der sozialen Ungleichheit zwischen Ost und West, könnte helfen, die Geschehnisse besser zu verstehen und so eine stabilere Demokratie zu fördern.

## **Aktuelle Statistiken zur politischen Einstellung**

Laut der neuesten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts infratest dimap, die im September 2023 veröffentlicht wurde, würden etwa 25% der wahlberechtigten Ostdeutschen die AfD wählen, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahlen wären. Im Vergleich dazu liegt die Zustimmung für die SPD bei gerade einmal 15%. Diese statistischen Daten unterstreichen die Herausforderungen, vor denen die etablierten Parteien stehen, und die Notwendigkeit, die Wurzeln dieser Unzufriedenheit anzugehen.

Zusätzlich zeigt eine Analyse von ARD-Deutschlandtrend, dass das Vertrauen in die demokratischen Institutionen in Ostdeutschland deutlich gesunken ist. Rund 50% der Befragten gaben an, dass sie kein Vertrauen in die politische Führung haben, was den Appell für eine stärkere Bürgerbeteiligung und politische Transparenz weiter stärkt.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**